



## Israels Blick auf das europäisch-israelische Verhältnis

**Wie schätzt die israelische Bevölkerung das europäisch-israelische Verhältnis ein? Jeweils vor der Brexit-Entscheidung und Trump-Wahl sowie danach, wurde nach der Meinung von gut 1000 Israelis gefragt.**

### Inhalt

- **Seite 1**  
*I. Ausgangslage*
- **Seite 4**  
*II. Zur Methodik der beiden Umfrageteile*
- **Seite 4**  
*III. Ein Ende der Abwärtsspirale?*
- **Seite 6**  
*IV. Die Vertrauenskrise hält an*
- **Seite 9**  
*V. Ambivalenz – positive Botschaften – negative Botschaften*
- **Seite 10**  
*VI. EU – Palästinenser - Siedlungen*
- **Seite 11**  
*VII. Und was ist mit Deutschland?*
- **Seite 13**  
*VII. Ausblick und Auswertung*

### I. Ausgangslage

Israel und die Europäische Union befinden sich schon seit einiger Zeit in einer paradoxen Situation, die jeden erfahrenen Eheberater in die schiere Verzweigung treiben würde. Beide hatten, wenn es um die Intensität der Zusammenarbeit geht, niemals zuvor so ausgesprochen enge Beziehungen, aber auch selten zuvor hatten beide einen solchen Grad der politischen Entfremdung erreicht, wie das gegenwärtig der Fall ist. „Beide Seiten“, so schreibt Michael Mertes, „muten einander seit Jahrzehnten Wechselbäder von Bewunderung und Enttäuschung, Anziehung und Abstoßung, zu. Beide Seiten stehen einander nah – geografisch, wirtschaftlich, kulturell –, doch zugleich betrachten sie einander mit Unbehagen, zunehmend auch mit Unverständnis und Antipathie.“\* In den letzten Jahren scheint das Unbehagen auf beiden Seiten eher zu wachsen.

Israel und die EU können sich dieses „Auseinanderdriften“ langfristig aber nicht leisten. Zu eng sind beide als Teil des „Westens“ historisch, ideengeschichtlich und durch gemeinsame Interessen verbunden: von der wechselseitigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedeutung der Beziehungen bis hin zur großen Zukunftsherausforderung der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus wird sich dies zukünftig auch nicht ändern. Deshalb ist es eminent wichtig, sich die Entwicklung dieses Verhältnisses über den Zeitverlauf anzusehen, auch um Klarheit über die Frage erhalten zu können, wie dieses zentrale Verhältnis wieder verbessert werden kann und von welchen Akteuren diese Verbesserung bewirkt werden kann. Dazu gehört unter anderem, sich wechselseitigen Missverständnissen und Fehleinschätzungen zu stellen. In Israel begegnet man nicht selten dem Eindruck, dass das Land nur gute bilaterale Beziehungen zu den führenden europäischen Staaten benötige und das stelle dann schon die Beziehungen zur EU in seiner Gesamtheit her. Institutionell scheint die EU nicht selten in dieser Logik als „notwendiges Übel“ oder gar als irrelevant betrachtet zu werden. Das verkennt die Dynamik und die Bedeutung der Europäischen Institutionen. Auf der europäischen Seite wird hingegen nicht immer hinreichend zur Kenntnis genommen, wie dominant und emotional das Sicherheitsbedürfnis auf der israelischen Seite ist und wie sehr Akte der Anerkennung der Existenz Israels, so symbolisch sie auch im Einzelnen sein mögen, in der israelischen Bevölkerung erwartet und positiv aufgenommen werden würden.†





Ohne jeden Zweifel zählt Israel als Land mit einer demokratischen und freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Westen. Diese Zugehörigkeit zum Westen manifestiert sich in den engen Beziehungen Israels mit den USA und mit den Ländern der Europäischen Union sowie mit den Institutionen der Europäischen Union. Wenn man dem schönen Satz des französisch-jüdischen Philosophen Bernard Henri-Lévy folgt, dass Europa kein geographischer Begriff sei, dann gehört Israel eindeutig zu Europa.<sup>1</sup> Allerdings ist Israel unzweifelhaft mehr als nur ein „Ableger“ und ein Spiegelbild Europas. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Israel gesellschaftlich verändert. Während die Gründergeneration Israels vorwiegend askenasisch war und auch deshalb den israelischen Staat in Aufbau, Struktur und Form des politischen Diskurses an europäischen Vorbildern orientiert hat, im Sinne eines weitgehend säkularen Nationalstaates, so stellt sich nun eine andere Dynamik dar: Der mizrachische Anteil der Juden, also Juden die aus den Ländern des Nahen und Mittleren Osten stammen, hat in Israel deutlich zugenommen. Gegenwärtig liegt er bei rund 50 Prozent.

Ebenso gibt es einen anderen Faktor, der an die Wurzeln der europäisch-israelischen Beziehung rührt und einen gewissen Grad der Entfremdung befördert. Israel sieht sich selbst als jüdischen und demokratischen Staat. Und die öffentliche Debatte darüber, ob dieses „jüdisch sein“ eher religiös oder eher im Sinne einer Volkszugehörigkeit zu interpretieren ist, hat an Intensität deutlich zugenommen. Viele Umfragen zeigen, dass die Bedeutung des Religiösen in Israel eher weiter zunimmt und damit eine gesellschaftliche Spaltung des Landes einhergeht.<sup>2</sup>

Zugleich zeigen Umfragen und Studien, dass sich der Rückgang religiöser Einstellungen in Europa gegen den globalen Trend entwickelt und nur noch rund die Hälfte der Westeuropäer an Gott glauben.<sup>3</sup> Fraglich ist, wie sehr diese Einstellungsunterschiede auch die gegenseitige Betrachtung beeinflussen. In jedem Fall aber hat diese kulturelle Differenz Auswirkungen auf die Zukunft der Beziehungen.

Eine dritte Dimension bleibt der Lackmустest für die Beziehungen: In Israel herrscht der Eindruck, dass der Antisemitismus in Europa massiv zugenommen hat. Tatsächlich verweisen Studien, wenngleich sie zum Teil mit erheblichen methodischen Mängeln behaftet sind, auf einen nicht unerheblichen Anteil antisemitischer Einstellungen in Europa – mit leider eindeutig steigender Tendenz.<sup>4</sup> Diese reale Gefahr, die paradigmatisch in dem verheerenden Anschlag auf den koscheren Supermarkt in Paris zum Ausdruck gekommen ist, verbindet sich mit der nicht selten diffusen Sorge, dass muslimische Zuwanderung in Europa einen weiteren Schub für diesen Antisemitismus bedeute, verbunden mit der Angst, dass der Einfluss muslimischer Wählergruppen auf die europäische Politik geradezu unaufhaltsam sei. Noch schwerer wiegt aber der in Israel immer wieder zu hörende Vorwurf, die Europäische Union verkenne nicht nur die islamische Gefahr, sie handele auch außenpolitisch angesichts der Herausforderungen in der Region zu zögerlich. Das Wort des „appeasement“ ist verschiedentlich in diesem Zusammenhang gefallen, ebenso wie das Wort „Naivität“.<sup>5</sup> Die EU trete moralisch überheblich auf, so die Meinung, sei gleichzeitig aber nicht bereit, die notwendige „Hard-power“ gegenüber der Terrorgefahr aufzubauen.

Einen weiteren offensichtlichen Paradigmenwechsel in der Betrachtung Europas hat tatsächlich die relativ euphorische Betrachtung des arabischen Frühlings in Europa ausgelöst, in einer Zeit, in der Israel vor allem vor

\* Michael Mertes, „Distanzierte Nachbarn. Die EU und Israel – Eine paradoxe Beziehung“, KAS Auslandsinformationen 4/2015, S. 42-63, S. 42.

† Wir sind Herrn Professor Sharon Pardo, dem Vorsitzenden des Fachbereiches für Politikwissenschaft und Regierungslehre an der Ben-Gurion-Universität und Inhaber des einzigen Jean-Monnet-Lehrstuhles in Israel, zu tiefem Dank verpflichtet. Sharon Pardo hat an der Erstellung des Fragebogens eng mitgewirkt und dem Autor dieser Untersuchung zahlreiche wertvolle Hinweise bei der Erstellung der Studie gegeben. Die Konrad-Adenauer-Stiftung pflegt mit dem Centre for the Study of European Politics and Society (CSEPS), der führenden europapolitischen Lehrereinrichtung in Israel, seit vielen Jahren eine enge Partnerschaft, für die wir ebenso an dieser Stelle danken.

<sup>1</sup> Das genaue Zitat lautet: „Europa, das kann man nicht oft genug wiederholen, ist kein Ort, sondern eine Idee. Europa ist nicht eine Kategorie des Seins, sondern des Geistes.“ Zitiert nach: Bernhard Vogel, Meine Kriterien für Europa, Ost-West-Perspektiven 1/2001, <https://www.owep.de/artikel/205/meine-kriterien-fuer-europa>.

<sup>2</sup> Vgl. „Israel’s Religiously Divided Society“, PEW Research, 08.03.2016, <http://www.pewforum.org/2016/03/08/israels-religiously-divided-society/>

<sup>3</sup> Vgl. hierzu die Studie des WIN Gallup Meinungsforschungsinstituts von 2015: „Losing our religion? Two thirds of people still claim to be religious“, Gallup International, 13.04.2015, [http://www.wingia.com/en/news/losing\\_our\\_religion\\_two\\_thirds\\_of\\_people\\_still\\_claim\\_to\\_be\\_religious/290/](http://www.wingia.com/en/news/losing_our_religion_two_thirds_of_people_still_claim_to_be_religious/290/).

<sup>4</sup> Vgl. „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus“, April 2017, [https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/de/FRA-UAS/Verwaltung/Abteilungen/KOM/Studie\\_juedische\\_Perspektive\\_n\\_Bericht\\_April2017.pdf](https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/de/FRA-UAS/Verwaltung/Abteilungen/KOM/Studie_juedische_Perspektive_n_Bericht_April2017.pdf)

<sup>5</sup> Vgl. Herb Keinon, „Israel severely rebuked, as PM warns „spirit of appeasement“ blowing through Europe“, The Jerusalem Post online, 17.12.2014, <http://jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Israel-severely-rebuked-internationally-as-PM-warns-spirit-of-appeasement-blowing-through-Europe-385001/>.



den Gefahren der Auflösung gewohnter Ordnungen und staatlicher Verbände gewarnt hat. In Israel ist die messbare Enttäuschung über die europäische Politik in dieser Umbruchsituation auf eine ohnehin immer latent vorhandene Tendenz gestoßen, die sich in dem Satz zusammenfassen lässt: Im Zweifel sind wir auf uns selbst gestellt und müssen uns selbst helfen.

Einen tiefgreifenden Einfluss auf die Betrachtung der Europäischen Union hat zumindest gegenwärtig auch die innenpolitische Gemengelage in Israel. Die Rechtsaußen-Partei HaBayit HaJehudi („Jüdisches Heim“) treibt die Entfremdung von Europa nicht zuletzt in der Person ihres Vorsitzenden Naftali Bennett massiv voran. Europa, so die Lesart Bennetts, sei ein alter Kontinent, von gestern und weder innovations- noch zukunftsfähig. Mit dem Brexit, der der Anfang vom Untergang des europäischen Integrationsprozesses sei, sei das offensichtlich geworden. Entsprechend müsse sich Israel mehr in den asiatischen Raum hinein orientieren. Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, dass Europa auf der rechten Seite nicht nur als prominenter Gegner der israelischen Siedlungspolitik gesehen wird. Vielmehr nimmt auch die äußere Rechte den hohen Grad der wirtschaftlichen Verflechtung Europas und Israels zur Kenntnis und möchte dieser intensivere Handelsbeziehungen mit den asiatischen Ländern entgegenstellen.

Diese Haltung gewinnt deshalb zunehmend an Einfluss auf das Regierungshandeln, weil der gegenwärtige Regierungschef von der rechten Seite regelmäßig mit der Drohung konfrontiert wird, dass man die Koalition beende. Daran kann Benjamin Netanjahu gegenwärtig aufgrund der politischen Skandale und Korruptionsvorwürfe, mit denen er konfrontiert ist, kein wirkliches Interesse haben. Allerdings zeigen jüngste, ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit gedachte Äußerungen von „Bibi“, dass er in dieser Frage nicht nur „Getriebener“, sondern auch selbst „Treibender“ ist. In einem Vier-Augen-Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, bei dem die Mikrofone versehentlich offen blieben, betonte Netanjahu, dass Europa seine eigene Sicherheit minimiere, indem es die von Israel untergrabe. Europa müsse sich entscheiden, „ob es leben und gedeihen oder ausdörren und verschwinden will“<sup>6</sup>.

War die innerparteiliche Diskussion im Likud in den letzten Jahren ohnehin schon vom Narrativ einer zuneh-

mend negativen Perspektive auf die europäische Politik geprägt, so hat die innenpolitische Situation und die faktische Dominanz rechter Abgeordneter im Likud und in HaBayit-HaJehudi in der Regierungspolitik noch zusätzliche Dynamik in die politische Strategie der relativen Abkehr von Europa gebracht.

Während die genannten Entfremdungsgründe sicherlich Regierungshandeln bestimmt haben, stellt sich die Frage, ob dieses Regierungsnarrativ auch Niederschlag in der breiten Bevölkerung gefunden hat. Werden nur die negativen Entwicklungen gesehen oder werden die offensichtlichen Vorteile und die Intensität der Beziehungen auch gewürdigt? Besonders wichtig ist die Frage, ob die verschiedenen Gruppierungen in der zunehmend segmentierten israelischen Gesellschaft einen deutlich unterschiedlichen Blick auf die Beziehungen Israels zur EU haben? Hat Religion, insbesondere auch durch die dramatische Zunahme des ultraorthodoxen Bevölkerungsanteils, Einfluss auf das Verhältnis? In diesem Zu-

„Europa, so die Lesart Bennetts, sei ein alter Kontinent, von gestern und weder innovations- noch zukunftsfähig.“

sammenhang ist der Blick auf den arabischen Bevölkerungsanteil in Israel besonders wichtig. Traditionell sind die arabischen Israelis eher aufgeschlossener gegenüber der Europäischen Union. Bleibt das so?

Neben der traditionell intensiven Beziehung zwischen Europa und Israel stehen immer komplementär auch die transatlantischen Beziehungen. Tatsächlich gab und gibt es in diesem Dreieck gegenseitige Bezüge. Zumindest in der zweiten Hälfte der Präsidentschaft von Barack Obama nahmen die europäisch-amerikanischen Beziehungen keine ganz unwichtige Rolle ein, nicht zuletzt auch hinsichtlich einer gemeinsamen Handels- und Klimapolitik. Gleichzeitig waren die amerikanisch-israelischen Beziehungen durch die Iran-Politik Obamas und durch sein Engagement für das Atomabkommen mit dem Iran so belastet wie selten zuvor. Die Ablehnung des Atomabkommens war und ist in Israel über Parteigrenzen hinweg mehr oder minder einhellig. Auch das persönliche Verhältnis zwischen dem israelischen Premierminister und dem amerikanischen Präsidenten erreichte in dieser Zeit seinen Tiefpunkt. Nach der Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten herrschte in weiten Teilen der israelischen Elite und der Öffentlichkeit zu-

<sup>6</sup> „Mikrofon-Leck in Budapest: Netanjahu lästert über EU“, DW, 19.07.2017, <http://www.dw.com/de/mikrofon-leck-in-budapest-netanjahu-l%C3%A4stert-%C3%BCber-eu/a-39758896>.



nächst die Hoffnung auf einen „Neustart“ für die Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten. Allerdings stellt sich nach den ersten Monaten mittlerweile auch in Israel wieder zunehmend Skepsis und Ernüchterung über den unklaren Kurs des neuen Präsidenten ein. Fraglich ist, welche Auswirkungen diese Tatsache auf die israelisch-europäischen Beziehungen hat. Bevorzugen die Israelis die entfremdete aber berechenbare Beziehung zu Brüssel gegenüber dem unberechenbaren Freund in Washington?

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche Rolle Deutschland in diesem Beziehungsgeflecht spielt. Deutschland ist und bleibt einer der entscheidenden Motoren des Europäischen Integrationsprozesses. Zugleich hat Deutschland sowohl zu Israel als auch zu den Vereinigten Staaten besondere Beziehungen. Nimmt Deutschland, insbesondere gegenüber der Europäischen Union also die Rolle eines Mediators ein? Und wenn ja, hat diese Rolle Grenzen?

Mit der vorliegenden Studie soll untersucht werden, ob sich der Trend der politischen Entfremdung zwischen Europa und Israel weiter fortsetzt. Schreibt die breite Öffentlichkeit in Israel die EU nach dem „Brexit“ tatsächlich ab oder entspricht das lediglich der Lesart der national-religiösen Parteien in Israel? Und welche Auswirkungen hat die Wahl Donald Trumps auf das europäisch-israelische Verhältnis?

Dieses Umfrageprojekt hat eine einmalige Chance genutzt. Mit den beiden anstehenden Entscheidungen zum „Brexit“ in Großbritannien und zum Ausgang der Wahl in den USA hat sich die Möglichkeit geboten, vor und unmittelbar nach dem Ereignis jeweils eine weitgehend deckungsgleiche Umfrage durchzuführen. Auf Grundlage dieser Umfragen kann nun ermittelt werden, ob diese beiden Ereignisse Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Israel haben.

## **II. Zur Methodik der beiden Umfrageteile**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel hat in Zusammenarbeit mit dem Umfrageinstitut „KEEVOON Research, Strategy and Communications Ltd.“ unter der Leitung von Mitchell Barak zwei Umfragen in Israel durchgeführt, bei denen ein in weiten Teilen übereinstimmender Fragebogen abgefragt worden ist. Bei der zweiten Umfrage sind zusätzliche Fragen zu den Auswirkungen des BREXIT und der Wahl Donald Trumps in den USA mit aufgenommen worden.

Die erste Umfrage wurde vom 27. Dezember 2015 bis zum 1. Januar 2016 durchgeführt. Dabei sind 1000 Israelis im Alter von 18 Jahren oder älter randomisiert telefonisch - einschließlich Festnetzanschlüsse (72 Prozent) und IP-Phones (28 Prozent) - befragt worden.

Der Fragebogen beinhaltete insgesamt 57 Fragen, einschließlich einer Reihe von „offenen Fragen“, also Fragen ohne konkrete Antwortvorgaben. Die Fragen sind in zwei Sprachen an die jeweiligen Bevölkerungsgruppen gestellt worden: in Hebräisch (zwischen dem 27. Dezember 2015 und dem 15. Januar 2016) sowie in Arabisch (zwischen dem 3. und dem 7. Januar 2016). Die Stichprobe ist nicht nur für die israelische Bevölkerung repräsentativ, sondern auch in Bezug auf den Anteil der genannten Sprachgruppen an der Gesamtbevölkerung. Sie enthält entsprechende Quoten zu Geschlecht, Alter und Wohnort. Im arabischen Bestandteil des Samples ist zudem entsprechend der vier maßgeblichen Wohnorte, in denen arabische Israelis leben, quotiert worden.

Die Fehlerquote der ersten Umfrage liegt bei 2.25 Prozent.

Die zweite Umfrage ist vom 22. November bis zum 6. Dezember 2016 durchgeführt worden. Dabei sind 1004 Israelis im Alter von 18 Jahren oder älter randomisiert telefonisch - einschließlich Festnetzanschlüsse (80 Prozent) und IP-Phones (20 Prozent) - befragt worden. Bei den Telefonaten in Arabisch sind 100 Prozent der Befragten über IP-Phones befragt worden.

Der Fragebogen hat insgesamt 41 Fragen beinhaltet, wiederum einschließlich einer Reihe von „offenen Fragen“, also Fragen ohne konkrete Antwortvorgaben. Die Fragen sind auch bei der zweiten Befragung in zwei Sprachen an die jeweiligen Bevölkerungsgruppen gestellt worden: in Hebräisch (zwischen dem 22. November 2016 und dem 6. Dezember 2016) sowie in Arabisch (zwischen dem 27. November und dem 2. Dezember 2016). Die Stichprobe ist erneut nicht nur für die israelische Bevölkerung repräsentativ, sondern auch in Bezug auf den Anteil der genannten Sprachgruppen an der Gesamtbevölkerung. Sie enthält auch diesmal wieder entsprechende Quoten zu Geschlecht, Alter und Wohnort.

Auch die Fehlerquote der zweiten Umfrage liegt bei 2.25 Prozent.



### III. Ein Ende der Abwärtsspirale?

Beide Umfragen zeigen zunächst sehr deutlich, dass das Verhältnis zwischen der EU und Israel belastet ist. Zwar blickt noch immer eine knappe Mehrheit positiv auf die EU, aber besonders offensichtlich wird der Rückgang der israelischen Begeisterung für den europäischen Integrationsprozess im Zeitverlauf. Die Konrad-Adenauer-Stiftung führt seit annähernd zehn Jahren mit dem Institut Keevon Umfragen zum Verhältnis Israels zur EU durch. Hier zeigt sich, dass entgegen der öffentlichen Darstellungen nicht die zurückliegende Entscheidung zum „Labeling“ von Siedlungsprodukten den entscheidenden Einbruch der Beliebtheit der Europäischen Union darstellt. Vielmehr geht die Popularität der EU in Israel seit zehn Jahren kontinuierlich und fast linear zurück. Waren 2007 noch 60 Prozent der Israelis positiv gegenüber der EU eingestellt, ist bis heute ein Einbruch von über 15 Prozentpunkten zu verzeichnen.<sup>7</sup>

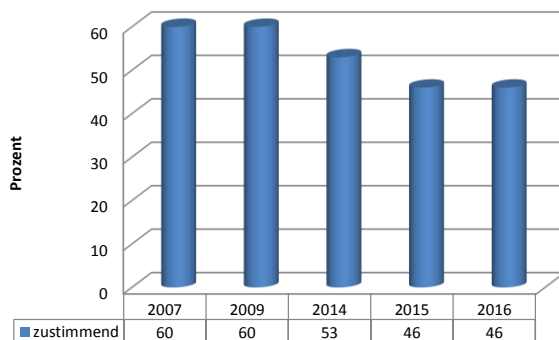


Abb. 1: Zustimmung der Israelis zur EU

Die zweite Umfrage im Winter 2016/2017 zeigt nun allerdings, dass die kontinuierliche und stetige Talfahrt der Unbeliebtheit der Europäischen Union in Israel überraschenderweise – zumindest vorläufig – ein Ende findet. Anfang 2016 hatten 45 Prozent der Israelis eine gute bis sehr gute Meinung über die Europäische Union. Ende 2016 sind es 46 Prozent, die einen positiven Eindruck von der EU haben. Zum ersten Mal seit 2007 ist wieder ein, wenn auch minimaler, Anstieg der Beliebtheit zu verzeichnen.

In der Betrachtung der Europäischen Union gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen den jüdischen und

den arabischen Israelis. Während bei der ersten der beiden Umfragen nur 41 Prozent der jüdischen Israelis einen wohlwollenden Blick auf die EU einnehmen, sind es auf der arabischen Seite stolze 73 Prozent. Die deutlich positivere Betrachtung durch die arabischen Israelis zieht sich durch die gesamte Studie. Fraglich ist, ob diese Begeisterung nur auf die in Israel vorherrschende Betrachtung der EU als „pro-palästinensisch“ zurückzuführen ist, oder ob dies vielmehr der Tatsache geschuldet ist, dass die EU in erheblichem Maße Projekte im arabischen Sektor Israels gefördert hat.

Dass es den geschilderten leichten Umschwung gibt, ist vor allem auf eine Bevölkerungsgruppe zurückzuführen. Während sich die Skepsis bei den religiösen Israelis sogar leicht vertieft hat, sind die Einstellungen der säkularen Israelis deutlich positiver geworden. Auch die Wähler von Parteien, die entweder links stehen wie die Zionist Union und Meretz oder sich in der Mitte des Spektrums befinden, wie Yesh Atid oder Kulanu, wenden sich wieder leicht der EU zu. Auch die Joint List verzeichnet hier noch steigende Zustimmungswerte zur EU. Bei den rechten Parteien hingegen hat sich die Skepsis gegenüber der EU eher weiter vertieft. Kein signifikanter Unterschied bei der Beurteilung der Popularität der Europäischen Union besteht zwischen den Ashkenazim und den sephardischen Juden.

Spannend ist auch die Tatsache, dass bei den israelischen Juden im Vergleich zur ersten Umfrage die Zustimmung zwar nur knapp zugenommen hat, die Ablehnung der EU von 58 auf 46 Prozent allerdings sehr deutlich gesunken ist. Das zeigt möglicherweise auf, dass der Faktor der „sozialen Erwünschtheit“ bei der Beantwortung der Frage bereits eine Rolle gespielt hat. Damit meinen Sozialempiriker den Effekt, den Elisabeth Noelle-Neumann in der „Schweigespire“ so beeindruckend aufgezeigt hat. Demnach sagen Befragte, wenn sie den Eindruck haben, zur Minderheit zu gehören, nicht das, was sie wirklich denken und fühlen, weil sie das für sozial nicht erwünscht halten und somit eine „schweigende Mehrheit“ bilden. Angesichts des Gefühls, dass die Ablehnung Israels überwältigend ist, könnte das bedeuten, dass der tatsächliche Anteil derjenigen, die eine bessere Meinung von Europa haben, vielleicht sogar höher ist, als die Zahlen verraten.

Für diesen Befund spricht auch ein weiteres Ergebnis der Umfrage. Auch wenn dieser Schritt politisch gegenwärtig nicht zur Debatte steht, ja aus verschiedenen Gründen auch langfristig äußerst unwahrscheinlich erscheint, so ist doch die Frage, ob die Israelis einen Beitritt ihres

<sup>7</sup> Alle vorhergehenden Umfragen, die zur Rolle Deutschlands in Europa 2007 und 2009 sowie zum Deutschlandbild in Israel und den Palästinensischen Gebieten 2014 durchgeführt worden sind, können kostenlos über die Webseite des Büros Israel unter [www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel) angefordert werden.



Landes zur EU befürworten würden, von hoher Bedeutung.<sup>8</sup> Gerade in einem Land, das so auf seine nationale Souveränität bedacht ist und in dem der Patriotismus so ausgeprägt ist wie in Israel, ist die Frage, ob ein solcher Schritt als attraktiv erachtet wird, ein noch deutlicheres Zeichen für Zustimmung oder Ablehnung zur EU. Auch hier war der Absturz in den vergangenen zehn Jahren dramatisch. Waren 2009 noch 76 Prozent der Auffassung, dass Israel der EU beitreten sollte, so waren es 2014 mit 66 Prozent schon dramatische zehn Prozentpunkte weniger. Vom Jahr 2014 auf Ende des Jahres 2015 sank die Zustimmung dann nochmals um 11 Prozentpunkte auf 55 Prozent. Auch hier ist die steile Abwärtskurve aufgehalten worden. Es sind nunmehr 56 Prozent, die einen solchen Schritt befürworten würden.

Das ändert sich selbst dann nicht wesentlich, wenn man den Befragten erklärt, dass sich damit durch das geltende EU-Recht auch die bisherige Rechtslage des „law of return“ in Israel verändern würde. Damit ist das Recht gemeint, das die Zuwanderung nach Israel reguliert. Auch in diesem Fall bleibt dann immer noch eine Mehrheit von 56 Prozent der Auffassung, man solle einen EU-Beitritt Israels befürworten.

Woher kommt dieses Ende der Abwärtsschleife? Angesichts des Brexit wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der EU eher sinkt als steigt – zumal die Israelis in der allgemeinen Beurteilung des Brexit sehr zwiespaltig sind: so findet der Brexit fast genauso viele Unterstützer (38 Prozent) wie Gegner (39 Prozent), wobei kaum überraschen kann, dass vor allem die russischstämmigen Israelis mit 50 Prozent den Brexit begrüßen.

An anderer Stelle der Umfrage wird ein mögliches Erklärungsmuster für diesen neuen Trend der Abschwächung der Unbeliebtheit der EU sichtbar: Die Antwort auf die Frage, ob der Brexit oder die Wahl Trumps die Rolle der EU in einem möglichen Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern beeinträchtigen, hält eine Überraschung bereit. Die Resultate fallen hier sehr unterschiedlich aus. Während nur eine Minderheit von 24 Prozent glaubt, dass die EU aufgrund des Brexits eine aktivere

Rolle in einem Friedensprozess spielen kann und 37 Prozent glauben, dass die Rolle der EU weniger aktiv sein wird, stellt sich die Entscheidung bei Berücksichtigung der Trump-Wahl völlig anders dar. Hier sagt eine Mehrheit von 39 Prozent, dass die EU aufgrund der Wahl von Donald Trump künftig eine wichtigere Rolle spielen wird. Auch wenn sich die Befunde prima vista widersprechen, so ist doch deutlich, dass die Hoffnung auf die Handlungsfähigkeit der EU in Sachen israelisch-palästinensischer-Konflikt ausgeprägter ist, als in die Trump-Administration. Das mag auch das Ende des allgemeinen Abwärtstrends begründen. Offenbar ist – gerade was den Konflikt anbetrifft – den meisten Israelis ein schwieriger aber berechenbarer europäischer Nachbar lieber ist, als ein amerikanischer Freund, dessen politische Konturen in Sachen Nahostpolitik man (noch) nicht so recht erkennen kann.

Dieser Sachverhalt wird auch an der Frage deutlich, ob die EU als ein eher schwacher oder ein deutlicher Befürworter des israelischen Existenzrechtes gesehen wird. Auch wenn das institutionell im Falle der EU deutlich schwieriger ist, haben sich viele israelische Bürgerinnen und Bürger von der EU ein ähnliches ausdrückliches Bekenntnis für die Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat gewünscht, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede 2008 vor der Knesset abgegeben hat. In der ersten der beiden Umfragen Ende 2015 war die Enttäuschung über die EU an dieser Stelle überdeutlich. Nur 33 Prozent haben damals die EU als einen starken Unterstützer des israelischen Existenzrechtes betrachtet. In der zweiten Umfrage war das mit 44 Prozent ein beachtlicher Anstieg. Noch immer sind beide Werte beachtlich niedrig und es ist sehr fraglich, ob eine flächendeckende Umfrage innerhalb der EU wirklich ein solches Ergebnis zeitigen würde. Vielmehr zeigen einzelne nationale Umfragen, dass in vielen Ländern eine deutliche Mehrheit für das Existenzrecht Israels eintritt.

Spiegelbildlich dazu war die Frage, ob die EU ein schwacher oder starker Unterstützer eines unabhängigen Palästinenserstaates im Rahmen einer Zweistaatenlösung wäre. Hier waren bei der ersten Umfrage 73 Prozent der Auffassung, dass die EU ein starker Unterstützer dieses Lösungsansatzes ist. Bei der zweiten Umfrage sind es nun 69 Prozent, die dies positiv sehen. Grundsätzlich ist dieser Befund aber zumindest aus europäischer Perspektive nicht negativ zu sehen, denn insgesamt bedeutet die relativ gleichbleibend hohe Zustimmung zu dieser Frage, dass die EU mit der Lösung, die sie seit Jahrzehnten konsequent vertritt, auch tatsächlich verbunden wird.

---

<sup>8</sup> Das ist insbesondere die Tatsache, dass Europa trotz aller Re-nationalisierungstendenzen in einzelnen Ländern ein postnationaler Raum ist, während der Grundgedanke des Zionismus ist, nach Exil und Verfolgung im eigenen Staat, unabhängig vom Wohlwollen anderer Regierungen und Institutionen, das eigene Schicksal im eigenen Staat wieder in die Hand nehmen zu können. Das widerspricht bereits kulturell einem Beitritt Israels zur EU.



#### IV. Die Vertrauenskrise hält an

Dass man sich eine aktivere Rolle der EU wünscht und dass viele Israelis die EU in der Zeit nach der Wahl Trumps positiver beurteilen ändert an einem Sachverhalt nichts: Das Vertrauen in die EU – in diesem Fall als ehrlicher Makler im Konflikt – ist nicht signifikant angestiegen. Waren bei der ersten Umfrage vor Brexit und Trump nur 26 Prozent der Auffassung, die EU sei ein „honest broker“ und 69 Prozent gegensätzlicher Meinung, so ist hier die Wertschätzung der EU als Vermittler noch weiter erodiert. In der zweiten Umfrage nach der Trump-Wahl waren es nur noch 23 Prozent, die die EU als Moderator im Friedensprozess sehen. 73 Prozent der Befragten waren gegenteiliger Auffassung.

„63 Prozent der arabischen Israelis billigen der EU die Rolle als verlässlicher Vermittler zu [...]. Damit stechen sie deutlich aus der Menge heraus.“

Noch deutlicher wird das bei der expliziten „Vertrauensfrage“, wengleich hier der negative Befund wenigstens nicht noch weiter nach unten gegangen ist. Die Frage, ob man der EU generell vertrauen kann, beschieden 69 Prozent negativ während 28 Prozent glaubten, dass man sich auf die EU verlassen könne (bei der ersten Umfrage waren es 67 und 29 Prozent).

Bei beiden Fragen gibt es aber eine gleichbleibend hohe Abweichung was eine Bevölkerungsgruppe anbelangt: die arabischen Israelis. Während nur 18 Prozent der jüdischen Israelis und 17 Prozent der Israelis mit russischem Hintergrund die EU als ehrlichen Makler betrachten, haben 63 Prozent der arabischen Israelis der EU diese Rolle als verlässlicher Vermittler zugebilligt. Bei der Frage nach dem generellen Vertrauen ist das Verhältnis fast auf die Zahl genau gleich. Damit stechen die arabischen Israelis sehr deutlich heraus. Sie sind auch hier wieder die Gruppe in Israel, die mit großem Abstand die beste Meinung von der EU hat. Wie schon dargestellt, scheint sich die hohen Anzahl von Projekten im arabischen Sektor sowie das Eintreten für einen palästinensischen Staat für die EU auszuzahlen.

Was sind aber insgesamt die Ursachen, warum das Vertrauen gegenüber der EU noch immer so vergleichsweise deutlich gering ist? Bei der Suche nach den Ursachen

und bei der ersten der beiden hier behandelten Umfragen stand die Frage im Raum, ob lediglich das Verhältnis zwischen Israel und der EU belastet ist, oder ob der Rückgang der Popularität der EU in Israel vielmehr ein weiteres Symptom einer allgemeinen Abwendung von internationalen Organisationen ist. Wir haben deshalb die Frage gestellt, ob die Bürgerinnen und Bürger Israels einen Beitritt ihres Landes zur NATO begrüßen würden, selbst dann, wenn das bedeuten würden, dass Israel im Falle eines Angriffes auf die NATO-Staaten verpflichtet wäre, militärischen Beistand zu leisten ebenso wie diese Staaten im Angriffsfall Israel zur Hilfe eilen müssten. Diese gegenwärtig ebenfalls eher theoretische Frage ist im Zusammenhang mit einer anderen Umfrage auch schon einmal 2009 gestellt worden. Damals befürworteten 54 Prozent einen NATO-Beitritt und 33 waren gegen einen solchen Schritt. Ende 2015 hingegen waren nur noch 45 Prozent für einen solchen Beitritt und 41 Prozent dagegen. Im Falle von den Vereinten Nationen und der EU (z.B. Labeling) gab es tatsächlich Kontroversen, die das Verhältnis belasteten und Auswirkungen auf das Ansehen dieser Institutionen haben könnten. Im Fall der NATO haben solche Kontroversen allerdings nicht bestanden. Im Gegenteil: Bereits seit den frühen 2000er Jahren, insbesondere seit den Ereignissen des 11. Septembers, war die NATO immer wieder demonstrativ um einen Schulterchluss mit Israel bemüht. Nach langen diplomatischen Verhandlungen und nachdem die Türkei im Frühjahr 2016 ihr Veto gegen diese Entscheidung aufgegeben hatte, konnte im Mai 2016 eine offizielle Vertretung Israels in der NATO eingerichtet werden. Der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman ist vor wenigen Wochen sogar so weit gegangen, die NATO als ein mögliches erfolgreiches Beispiel für ein ähnliches Verteidigungsbündnis mit den Golfstaaten vorzuschlagen.<sup>9</sup> Vor diesem besonderen Hintergrund war die Frage nach der NATO ein geeigneter Gradmesser, ob es eine eher diffuse und unkonkrete Unzufriedenheit mit internationalen Organisationen gibt. Die Ergebnisse hier sprechen eher für diese Einschätzung. Auch die zweite Umfrage zeigt, dass die Trendumkehr der Erosion der Beziehungen zwischen Israel und der EU ebenfalls in den größeren Kontext der Einstellungen zu internationalen Organisationen eingeordnet werden muss. Denn auch bei der Frage nach der NATO hat sich die Einstellung wieder gewandelt. Die Zustimmung für einen NATO-Beitritt Israels ist von 45 auf 48 Prozent angestiegen.

<sup>9</sup> Vgl. „Vorbild NATO. Israel schlägt Golfstaaten Allianz gegen Iran vor“, DER SPIEGEL online, 28.2.2017, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-schlaegt-golfstaaten-allianz-gegen-iran-vor-a-1136595.html>.



Gleichsam muss betont werden, dass ein realer Beitritt Israels zur NATO auch in Israel selbst gegenwärtig nicht zur Debatte steht.

Dass nicht nur konkrete Unzufriedenheit mit der EU ausschlaggebend ist, sondern internationale Organisationen kritisch gesehen werden, wird auch daran deutlich, dass die Vereinten Nationen noch negativer eingeschätzt werden, als die EU (und die NATO). Hier wird Enttäuschung über tatsächliche oder vermeintlich israelkritische Resolutionen, aber auch die Debatten über Resolutionen der UNESCO, die in den letzten Jahren geführt worden sind, eine Rolle spielen. Aufschlussreich sind auch hier wieder die Unterschiede zwischen den jüdischen und den arabischen Israelis. Bei den jüdischen Israelis haben in der ersten Umfrage 41 Prozent einen positiven und 58 Prozent einen negativen Blick auf die EU. Bei den arabischen Israelis haben 73 Prozent einen positiven Blick auf die EU und 20 Prozent eine negative Sichtweise. Bei den Vereinten Nationen ist die Aufteilung ähnlich, aber die Zahlen sind noch dramatischer. 31 Prozent der jüdischen Israelis waren bei der ersten Umfrage positiv eingestellt gegenüber den UN – also noch einmal zehn Prozentpunkte unter den Werten gegenüber der EU – und 61 Prozent negativ. Bei den arabischen Israelis sahen 64 Prozent die Vereinten Nationen positiv und nur 24 Prozent negativ. Diese Frage ist in der zweiten Umfrage nicht noch einmal wiederholt worden, so dass hier keine aktuellen Kenntnisse abrufbar sind, aber es ist angesichts der UNESCO-Resolutionen zu Tempelberg und Hebron 2016 und 2017 und der erbitterten öffentlichen Diskussion über diese Resolutionen wahrscheinlich, dass die Vereinten Nationen in der israelischen Beliebtheitskala gegenwärtig eher noch schlechtere Werte erreichen würden.

Mit dieser sichtbaren Einordnung der Europäischen Union in die „Reihe“ der internationalen Organisationen, stellt sich freilich auch die Frage, wie ernst die Europäische Union als politischer Akteur tatsächlich genommen wird. In der Einleitung dieser Studie ist das Missverständnis erwähnt, dass viele Israelis glauben, die bilateralen Beziehungen zur EU stellten bereits die Beziehungen zur EU dar – ein Irrglaube, der den EU-Institutionen wie der EU-Kommission, hier vor allem dem External Action Service und auch dem Parlament, letztlich eine eigene Dynamik und einen eigenen Wert als Vertretung aller EU-Staaten abspricht. Dieses Missverständnis hat sich leider kaum bis gar nicht abgeschwächt. Schon Ende 2015 war ersichtlich, wie dramatisch falsch hier die tatsächlichen Sachverhalte eingeschätzt werden. Auf die Frage: „When thinking about the European Union, do you think of it as

a single entity having relations with Israel or do you think that each individual country has its own relations with Israel?“ antworteten Ende 2015 69 Prozent der Befragten, dass die Beziehungen zur EU bilateral über die jeweiligen Mitgliedsländer laufen und nur 18 Prozent betonten, dass die EU eine eigene Einheit sei, die Beziehungen zu Israel pflege. Ende 2016, bzw. Anfang 2017 hat sich das in der zweiten Umfrage mit 67 und 19 Prozent in keiner Weise geändert.

Das wirft generell die Frage auf, auf welchem Level der Kenntnisstand der Israelis über die EU ist, wenn Sie in solchen Umfragen befragt werden. Empirische Umfragen versuchen deshalb auch immer wieder die Einschätzungen der Befragten zu validieren, indem Wissensfragen über den Untersuchungsgegenstand gestellt werden. Ist das Wissen vergleichsweise gut ausgeprägt, so erhöht das die Glaubwürdigkeit der Aussagen. Wir haben deshalb bereits in der ersten der beiden Umfragen Wissensfragen gestellt. Zunächst haben wir gefragt, in welcher Stadt das Europäische Parlament liegt. Etwa 28 Prozent konnten Brüssel richtig benennen. Die ebenfalls richtige Antwort Straßburg wurde nur von 6 Prozent gegeben. Rund 35 Prozent gaben an, die Antwort nicht zu wissen. In die gleiche Richtung ging die Frage nach der Anzahl der Mitgliedsstaaten. Hier gaben insgesamt 32 Prozent eine Antwort, die dem tatsächlichen Ergebnis nahekam. Ebenso ist gefragt worden, welcher Kontinent mehr Einwohner hat, der nordamerikanische Teilkontinent oder Europa. Hier wussten annähernde 50 Prozent der Befragten die richtige Antwort. Diese Daten mögen auf den ersten Blick insgesamt ein eher schlechtes Bild über den Kenntnisstand zeichnen, wenn man sie allerdings in ein Verhältnis zu vergleichbaren Umfragen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten setzt, so wird deutlich, dass dort der Wissenstand nicht sehr viel ausgeprägter ist. Vielmehr ist es gar so, dass Studien israelischer Forscher bei Vergleichen mit den Daten des Eurobarometers nachgewiesen haben, dass der durchschnittliche Israeli einen insgesamt höheren Wissensstand vorweisen kann als der durchschnittliche Europäer.<sup>10</sup>

Verbundenheit zu den EU-Ländern drückt sich auch in der Frage aus, ob Israelis die Länder der EU besuchen. Über 52 Prozent gaben an, dass sie in den vergangenen drei Jahren schon einmal in der EU waren. Hier mag das sogenannte Open-Skies-Abkommen zwischen der EU und Israel, das 2013 unterzeichnet worden ist und das

---

<sup>10</sup> Vgl. Sharon Pardo im Interview mit Michael Mertes, „Wie nehmen Israelis Europa wahr?“, Online-Publikation KAS Israel, 18.7.2011, <http://www.kas.de/israel/de/publications/23431/>.





den Flugverkehr zwischen den beiden Gebieten liberalisiert hat, eine Rolle spielen. Durch dieses Abkommen haben sich die Flugpreise deutlich gesenkt. In der Folge sind zahlreiche Direktverbindungen von und nach Israel neu entstanden.

Die Frage, wie groß die Kenntnisse über Europa und das Interesse an Europa in Israel ist, wird auch traditionell von der Frage beeinflusst, ob die Befragten Verwandte in den EU-Staaten haben. Hier gaben mehr als ein Drittel der Befragten (35 Prozent) an, dass sie familiäre Beziehungen in der EU haben. Das ist ein durchaus hoher Anteil. Das wirft die Frage auf, ob diese faktische und familiär bedingte Verbundenheit nicht auch erhebliche Potentiale für die Vermittlung positiver Botschaften über die EU beinhaltet.

#### **V. Ambivalenz – positive Botschaften – negative Botschaften**

In der Einleitung dieser Studie ist die Ambivalenz des Verhältnisses zwischen Israel und der EU angesprochen worden und die Tatsache, dass die tatsächliche Zusammenarbeit ungeachtet der Differenzen eng und vertrauensvoll ist. Aus diesem Grund soll sich diese Untersuchung auch ganz bewusst der Frage widmen, welche Sachverhalte von der israelischen Bevölkerung eher positiv gesehen werden und welche Botschaften von der Seite der EU vielleicht noch konsequenter betont werden müssen, um ein Umdenken in der israelischen Bevölkerung zu erreichen.

Besonders deutlich wird in Israel gesehen, wie eng die EU und Israel wirtschaftlich verflochten sind. Die Tatsache, dass mehr als 30 Prozent der israelischen Exporte in die EU gehen und rund 30 Prozent der Importe nach Israel aus der EU kommen, beurteilen 71 Prozent der Israelis positiv. Hier ist aber vor allem auch der Unterschied zwischen den arabischen Israelis und den Juden in Israel bemerkenswert: Während 75 Prozent der jüdischen Israelis diese Tatsache positiv sehen, ist das nur bei 48 Prozent der arabischen Israelis der Fall.

Daneben hinterlassen noch immer und bereits traditionell, die engen und hervorragenden Wissenschaftsbeziehungen zwischen den beiden Gebieten den nachhaltigsten Eindruck in der Bevölkerung. Dass die Europäische Union nach der „Israel Science Foundation“ bei der Förderung von Forschung und Innovation in den israelischen Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen der wichtigste Partner ist und dass in den letzten Jahren Milliarden von Schekel in mehr als 1000 wissenschaftli-

che Projekte geflossen sind, sehen 67 Prozent der Israelis positiv. Auch hier gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen den israelischen Juden und den arabischen Israelis. Erstere begrüßen das zu 70 Prozent und letztere lediglich zu 51 Prozent. Diese Nachricht ist deshalb so wichtig, weil offenbar auf diesem Wege bei vielen israelischen Juden der immer wieder in den Medien zu hörende Eindruck widerlegt wird, die EU verhalte sich falsch gegenüber Israel, weil von ihren Programmen im gesamten „Heiligen Land“ vor allem die Palästinenser und weniger die Juden profitierten.

Ein weiterer Befund, der in die gleiche Richtung geht, bestätigt eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Die Tatsache, dass – nicht zuletzt aufgrund der Intervention des damaligen Bundesforschungsministers Jürgen Rüttgers – Israel das einzige Land außerhalb der EU-Mitgliedsländer wurde, dass sich seit den 90er Jahren an den EU-Forschungsrahmenprogrammen beteiligen kann, hat in ganz erheblichem Maße zur Exzellenz der israelischen

„63 Prozent der Israelis würdigen, dass die Europäische Union auf Demokratie, Rechtstaatlichkeit [...] und dem Schutz von Minderheiten aufgebaut ist.“

Forschungseinrichtungen beigetragen. Auch im neuen gegenwärtig laufenden 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ können israelische Forscher Mittel aus dem mehr als 80 Milliarden Euro umfassenden „Topf“ beantragen – in Kooperation mit regionalen oder europäischen Partnern. Auch diese Tatsache wird in Israel sehr positiv beurteilt: 65 Prozent der Israelis begrüßen das.

Besonders beachtlich ist im Zusammenhang mit den „good news“ ein Befund, der die Grundlagen der Europäischen Union betrifft. Trotz aller Kritik an der EU, trotz des hin und wieder zu hörenden Vorwurfes in Israel, dass die EU gegenüber Israel moralisch überheblich agiere, hegt man in Israel große Bewunderung für die demokratische Verfasstheit und die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union. Bemerkenswerte 63 Prozent der Israelis würdigen, dass die Europäische Union auf der Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und der Achtung vor und dem Schutz von Minderheiten aufgebaut ist. Diese Tatsache ist deshalb in ihrer Wirkung nicht zu überschätzen, weil das zugleich jenen Stimmen in der israelischen Öffent-



lichkeit widerspricht, die gelegentlich sagen: Die EU besitze aufgrund von demokratischen Defiziten nicht die Legitimität, sich über Schwächen Israels auf diesem Gebiet zu äußern.

Nicht weniger bemerkenswert und überraschend ist, dass das „Angebot“ einer „special privileged partnership“ an Israel und an die Palästinenser für den Fall, dass sie zu einer dauerhaften Friedenslösung kommen, für eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung doch deutlich attraktiver ist, als das aufgrund der in den Medien vorherrschenden Debatte ursprünglich zu erwarten war. Diese Offerte war 2013 im Zuge der Initiative des amerikanischen Außenministers John Kerry unterbreitet worden.<sup>11</sup> Viele israelische Politiker, im rechten wie im linken Spektrum, haben sich über die mit diesem Angebot einhergehende „Konditionalität“ des europäischen Engagements in Israel immer wieder kritisch geäußert, weil es nach ihrer Ansicht die EU-Unterstützung für humanitäre Fortschritte und für den Dialog zwischen beiden Gruppen letztlich sogar einschränke oder behindere. Zugleich haben sie auch Zweifel an der Attraktivität dieses Angebotes geäußert – im Sinne von: Was bekommen wir, was wir nicht ohnehin schon haben? Offenbar erachtet die Bevölkerung den noch besseren Zugang zu den europäischen Märkten und eine engere Zusammenarbeit in jedwedem Bereich in diesem Fall als deutlich verlockender als die politische Elite: 60 Prozent würden eine solche privilegierte Partnerschaft positiv sehen.

Immerhin 52 Prozent der Israelis finden beachtlich, dass die Europäische Union als Reaktion auf die humanitäre Krise in Syrien hunderttausende von Flüchtlingen aufgenommen hat. Dass es „nur“ 52 Prozent sind, die das begrüßenswert finden und doch 36 Prozent, die diesen Schritt der EU ablehnen, ist erklärbar mit der Angst vieler Israelis, dass damit Terrorgefahr und Antisemitismus innerhalb der EU ansteigen könnten. Dass diese Angst sehr dominierend ist, wird an der Frage deutlich, ob es gefährlich für Juden oder für Muslime ist, in der EU zu leben. Nur eine sehr knappe Mehrheit von 49 Prozent glaubt, dass Juden in Europa sicher leben können. Dramatische 47 Prozent glauben, dass das Leben in der EU für Juden gefährlich sei. Dass Muslime in Europa sicher leben können, glauben hingegen 75 Prozent und nur 20 Prozent teilen diese Ansicht nicht. In Israel herrscht ganz offensichtlich die Sorge, dass die EU eine „islami-

sche Gefahr“ unterschätze. Diese Sorge richtet sich zum einen gegen den – so in Israel wahrgenommenen – zunehmenden Einfluss von muslimischen Wählergruppen auf die europäische Politik und zum anderen auf die Furcht vor zunehmenden antisemitischen Übergriffen. Ministerpräsident Netanjahu hat in diesem Zusammenhang bereits 2015 eine „Islamisierung Europas“ unterstellt.<sup>12</sup>

## VI. EU – Palästinenser – Siedlungen

Erwartungsgemäß negativ wird in Israel die Tatsache betrachtet, dass die Europäische Union der größte Geldgeber für Entwicklungsprojekte im Westjordanland und im Gazastreifen ist. Das sehen 47 Prozent negativ und nur 40 Prozent positiv. Eine interessante „Fußnote“ liefert allerdings der Blick auf die Unterscheidung zwischen den jüdischen und den arabischen Israelis. 41 Prozent der jüdischen Israelis sehen die EU als Geldgeber für Entwicklungsprojekte im Gaza und dem Westjordanland positiv und 46 Prozent negativ. Die arabischen Israelis sehen das allerdings noch kritischer. Hier finden das nur 35 Prozent positiv und 51 Prozent negativ. Dieses Phänomen tritt in den Umfragen über die Jahre hinweg immer wieder auf: Das Abstimmungsverhalten der arabischen Israelis und der Palästinenser in der Westbank unterscheidet sich fast durchgehend signifikant. In ihren Auffassungen sind die arabischen Israelis den jüdischen Israelis dagegen häufig sehr viel ähnlicher. Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang vom Phänomen der „Überidentifizierung“ der Minderheitsgesellschaft mit der Mehrheitsgesellschaft.

Sehr negativ wird in der israelischen Bevölkerung gesehen, dass die Europäische Union Souveränitätsrechte Israels jenseits der Linie von 1967, damit auch die Besetzung der Golanhöhen, des Gazastreifens und des Westjordanlandes, nicht anerkennt. Dafür haben nur 26 Prozent Verständnis. Fast 60 Prozent lehnen das hingegen ab.

Das stärkste Ausmaß der Kritik an der EU wird in der Umfrage allerdings an der Entscheidung der EU offenbar, Produkte aus den besetzten Gebieten als Siedlungsprodukte zu kennzeichnen. Gegen dieses „Labeling“ wenden

<sup>11</sup> Vgl. EU, Council conclusions on the Middle East Peace Process, 16.12.2013, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/140097.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/140097.pdf).

<sup>12</sup> Vgl. Reuters, „Netanyahu says Europe’s ‚Islamization‘ pushing Israel to expand Asia trade“, Haaretz online, 19.01.2015, <http://haaretz.com/business/1.637751>; ferner: Herb Keinon, „Netanyahu: Israel must open Asian markets due to anti-Semitism in Europe“, The Jerusalem Post online, 18.01.2015, <http://jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Netanyahu-Israel-must-open-Asian-markets-due-to-Islamization-anti-Semitism-in-Europe-388164>.



sich 76 Prozent der Israelis und nur 18 Prozent äußern dafür Verständnis. Das es große Ablehnung gibt, war zwar zu erwarten. Das hohe Ausmaß überrascht aber dennoch und macht deutlich, dass das Argument europäischer Politiker, dass dieses Labeling dem allgemeinen europäischen Recht entspreche und eben kein „Boycott“ sei und sich damit deutlich von den Aktionen der BDS-Bewegung unterscheide, offenbar in Israel überhaupt nicht verfangen hat. Auch hier gibt es wiederum den spannenden Sachverhalt, dass auch die arabischen Israelis diese Entscheidung kritisch sehen. 52 Prozent sehen das negativ und das ist vor allem angesichts der ansonsten überdurchschnittlich guten Beurteilung der EU durch die arabischen Israelis bemerkenswert.

Wie sehr die negative Haltung gegenüber dem „Labeling“ auch von der medialen Berichterstattung beeinflusst ist, wird an der folgenden Frage deutlich, wem diese Entscheidung wirtschaftlich mehr schadet, den Israelis oder den Palästinensern? 42 Prozent glauben, dass die Palästinenser unter dieser Entscheidung zu leiden haben und nur 23 Prozent glauben, dass die Israelis dabei wirtschaftlichen Schaden erleiden müssen. Dass beide Seiten davon gleichermaßen wirtschaftlich betroffen sind, denken 24 Prozent der Befragten. Dies zeigt zunächst, dass das Argument des rechten politischen Spektrums in Israel, dass man mit dieser Entscheidung Schaden anrichte, weil man nur diejenigen schädige, die man eigentlich schützen wolle, nämlich die Palästinenser, auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Tatsächlich sind einige industrielle Ansiedlungen, allen voran die Firma Sodastream, die viele Arbeitsplätze geschaffen hat, aus dem Westjordanland weggezogen.<sup>13</sup> Auch wenn die Labeling-Entscheidung in einer Situation, in der die israelische Politik und die israelische Öffentlichkeit dazu tendiert, sich von Europa und vom Westen zunehmend abzuwenden, durchaus kontraproduktive Wirkung entfaltet, von den historisch problematischen Implikationen einmal ganz abgesehen, muss man diese Ergebnisse auch vor dem Hintergrund sehen, dass der wirtschaftliche Schaden, den diese Entscheidung anrichtet, begrenzt ist. Beim gesamtisraelischen Export in Höhe von rund 15 Milliarden Dollar jährlich fallen die Siedlerprodukte mit

etwa 150 Millionen Dollar, also rund einem Prozent, insgesamt kaum ins Gewicht.<sup>14</sup>

Deutschland hat die Entscheidung der EU zwar unterstützt, aber in kaum einem Land waren zugleich auch die kritischen und skeptischen Stimmen über die Wirkung dieser Entscheidung so laut und prominent wie in Deutschland. Generell stellt sich die Frage, welche Rolle Deutschland in dem Dreieck Israel – Europäische Union – Deutschland spielt und spielen kann.

### VII. Und was ist mit Deutschland?

Zu den besonders erfreulichen Ergebnissen dieser Umfrage gehört die Betrachtungsweise Deutschlands: Von 2009 an steigt die Popularität Deutschlands in Israel mit stabiler Kontinuität an. 2009 hatten schon damals stolze 65 Prozent ein gutes Bild von Deutschland. 2014 waren es fast 70 Prozent, Ende 2015 73 Prozent und in der zweiten Europa-Umfrage 76 Prozent: ein Anstieg von insgesamt 11 Prozentpunkten. Auch wenn die arabischen Israelis hier noch positiver auf Deutschland schauen, mit gegenwärtig rund 91 Prozent, so sind auch die anderen Bevölkerungsgruppen Deutschland gegenüber sehr positiv eingestellt. Lediglich die russischstämmigen Juden in Israel haben taten einen vergleichsweise skeptischeren Eindruck von Deutschland kund – was aber immer noch ein überragend positives Bild hinterlässt. Es bleibt, wenngleich auf hohem Niveau, bei allen Umfragen der letzten Jahre gleichbleibend dabei, dass Frauen Deutschland etwas kritischer sehen als die Männer. Ebenso gilt durchgehend der Befund, dass mit der Intensität der Religiosität auch die positiven Gefühle gegenüber Deutschland ganz dramatisch zurückgehen. So sind gegenwärtig unter den Ultraorthodoxen nur noch 42 Prozent von Deutschland überzeugt. Ganz ähnlich, wenngleich auch hier auf wesentlich höherem Niveau, ist der Blick auf Deutschland aus der muslimischen Sicht. Bei den säkulareren Muslimen in Israel blicken 94 Prozent positiv auf Deutschland, bei den religiösen Muslimen sind es „nur“ 73 Prozent. Ganz generell ist das nicht nur auf die Geschichte Deutschlands oder auf eine generell negative Beurteilung Deutschlands zurückzuführen, sondern das hat auch soziologische und kulturelle Gründe. Sehr religiöse Gruppierungen tendieren traditionell dazu, sich ihre Lebensweise auch durch eine konsequente Abschottung nach außen zu erhalten. Das wird an Umfragen zu anderen Themen deutlich, wo man, was die Religiosität

---

<sup>13</sup> Mareike Enghusen, „Sodastream – Schlag ins Wasser“, *Capital online*, 02.03.2017, <http://www.capital.de/dasmagazin/unternehmen-sodastream-wassersprudler-israel-nahostkonflikt-palaestiner-8575.html>.

---

<sup>14</sup> Vgl. „Israel muss Siedlerprodukte markieren“, *taz online*, 11.11.2015, <http://www.taz.de/!5250869/>.



in Israel anbetrifft, ganz ähnliche Beobachtungen machen kann.

Ein Befund, den die Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Jahren noch deutlich sehen konnten, nämlich dass die Popularität Deutschlands mit wachsendem Alter der Befragten zunimmt, hat sich inzwischen nivelliert. Zwischen den Altersgruppen gibt es inzwischen kaum mehr signifikante Unterschiede und ein eindeutiger Trend ist hier nicht mehr absehbar.

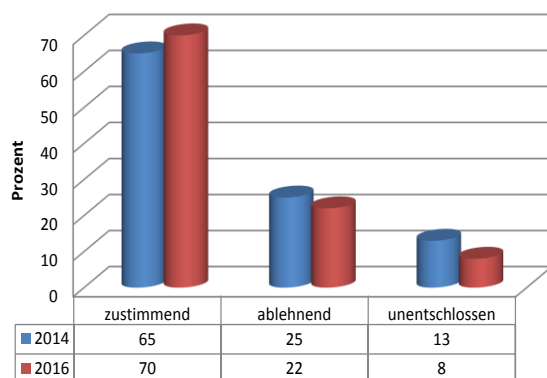


Abb. 2: *Verteidigt die Deutsche Bundesregierung die Interessen Israels in der EU?*

Im Dreieck Deutschland-EU-Israel lässt sich ein eindeutiger und überragend positiver Trend feststellen. Schon 2014 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Umfrage zu den Einstellungen gegenüber Deutschland festgestellt, dass 65 Prozent der Israelis der Auffassung sind, dass Deutschland innerhalb der Europäischen Union als Verteidiger Israels fungiert.<sup>15</sup> Vor der Wahl von Trump haben in der ersten der beiden hier vorgestellten Umfragen schon 68 Prozent festgestellt, dass Deutschland Israel in der EU verteidigt. In der zweiten Umfrage sind es mittlerweile 70 Prozent, die diese Auffassung äußern.

In die gleiche Richtung geht die Frage, welche Rolle Deutschland innerhalb der EU spielen soll. Auch hier haben der Brexit und die Trump-Wahl dazu geführt, dass die Erwartungen an Deutschland in Israel noch einmal signifikant angestiegen sind. Bei der ersten Umfrage haben sich 61 Prozent der Befragten gewünscht, dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Europäischen Union spielt. Bei der zweiten Umfrage ist ein signifikanter Anstieg auf 70 Prozent zu verzeichnen. Interessant ist, dass es hier keinen deutlichen Unterschied bei den ver-

schiedenen Bevölkerungsgruppen gibt. Sowohl jüdische als auch arabische Israelis wollen gleichermaßen, dass sich Deutschland stärker in der Europäischen Union einbringt. Auch hier sind nur die russischstämmigen Israelis mit gegenwärtig 65 Prozent um rund 5 Prozentpunkte skeptischer als die anderen Gruppen. Dieses durchgehende Muster lässt sich auch darauf zurückführen, dass hier sowohl der Kalte Krieg und eine propagandistische Abwertung Deutschlands in der Sowjetunion, aber auch das heute eher negative Deutschlandbild in Russland Nachwirkungen auch auf die russischen Zuwanderer und ihre Nachkommen in Israel haben.

In einer offenen Frage ohne Antwortvorgaben wünschen sich 57 Prozent der Israelis, dass ihr Land innerhalb der EU die engsten Beziehungen mit Deutschland unterhält. Gefolgt wird Deutschland nur von Frankreich mit 14 Prozent. Alle anderen Länder befinden sich kaum noch im messbaren Bereich. Ähnlich sieht das Bild bei der Frage aus, wer die Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen wird, nachdem Großbritannien die Union verlassen wird. Hier ist in zwei Richtungen gefragt worden. Einmal sollten die Befragten in dieser offenen Frage (ohne Antwortvorgaben) beurteilen, wer nach Ihrer Einschätzung diese Rolle übernehmen wird. Hier sagen 68 Prozent, dass Deutschland diese Rolle einnehmen wird. Nur 12 Prozent sehen Frankreich in dieser Position. Alle anderen Länder spielen erneut keine Rolle. Bei der eher persönlich gehaltenen Frage, welches Land sich die Befragten selbst für diese Führungsrolle wünschen sind es 57 Prozent, die für Deutschland votieren und nur 14 Prozent für Frankreich. Dass Frankreich hier so heraussticht, hängt weniger mit der französischen Politik als mit der Tatsache zusammen, dass in den letzten Jahren vor allem französische Juden einen hohen Anteil an der Einwanderung nach Israel hatten.

Diese Erkenntnisse zeigen insgesamt sehr deutlich, dass nach dem Brexit noch einmal mehr die Hoffnung, aber auch die Erwartung vorherrscht, dass Deutschland eine Führungsrolle in der internationalen Politik einnehmen soll. Deutschland, das aus guten Gründen in der Nahostpolitik immer eine eher zurückhaltendere Rolle eingenommen hat, wird langfristig eine Antwort auf diese gestiegenen Erwartungen finden müssen.

Die Gründe, warum Deutschland einen so hohen Grad des Vertrauens genießt, sind bei vorherigen Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel eingehend erörtert

<sup>15</sup> Michael Borchard, Hans Heyn, „Das Heilige Land und die Deutschen, 11.1.2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.40104/>.



worden.<sup>16</sup> Als einer der Gründe für die positive Betrachtung Deutschlands ist bereits 2014 die deutsche Bundeskanzlerin und ihre Verbundenheit mit Israel angeführt worden. Ihre Rede vor der Knesset im Jahr 2008, in der sie betont hat, dass die Existenz und Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson sei, hat nachhaltigen Eindruck in der israelischen Öffentlichkeit hinterlassen und das Gefühl geweckt, dass Deutschland ein verlässlicher Partner Israels ist. Auch nach dem Brexit und nach der Wahl Trumps ist die Anerkennung, die der deutschen Regierungschefin zuteilwird noch einmal weiter gestiegen. Im Jahr 2014 hatten 70 Prozent der Befragten eine gute Meinung von Angela Merkel. Lediglich 11 Prozent hatten einen negativen Blick auf die deutsche Spitzenpolitikerin. Nach dem Brexit bleibt die Anerkennung Angela Merkels gleichbleibend hoch. 71 Prozent sehen die Bundeskanzlerin positiv. Allerdings ist die Zahl derjenigen, die sich negativ äußern auf 19 Prozent angestiegen. Dabei mag es vor allem die Flüchtlingspolitik sein, die ihr negativ angelastet wird. Im Zusammenhang damit spielt in Israel vor allem die Angst eine Rolle, dass muslimische Zuwanderung zu einem Anstieg von antisemitischen Einstellungen in Deutschland führen könnten.

Aufschlussreich ist auch der Blick auf die einzelnen Bevölkerungsteile und auf die politische Orientierung, wenn es um die Beliebtheit von Angela Merkel geht. Je jünger die Befragten sind, desto skeptischer ist ihr Blick auf die deutsche Kanzlerin, je älter die Befragten sind, desto sympathischer ist ihnen die deutsche Regierungschefin. Bei den 18 bis 22-jährigen haben „nur“ 58 Prozent eine gute Meinung über die Kanzlerin. Den Höhepunkt bilden hier hingegen die 50 bis 59-jährigen. Hier sehen stolze 80 Prozent Merkel positiv. Bei den politischen Orientierungen ist die Zuneigung zur deutschen Kanzlerin bei den linken Parteien und den Parteien der Mitte besonders ausgeprägt, wobei die linke Meretz-Partei mit 94 Prozent deutlich nach oben „ausbricht“. Allerdings verzeichnet die Kanzlerin auch bei den Anhängern der rechten Parteien, Likud, HaBayit haYehudi, Israel Beitenu sowie dem Vereinigten Torah-Judentum beachtliche Zustimmungswerte zwischen 60 und 65 Prozent.

Lediglich bei den Anhängern der Schas-Partei, den mizrachischen Ultraorthodoxen, kommt Angela Merkel nur auf 38 Prozent. Letzteres mag mit der schon genannten Tatsache zu tun haben, dass sich die ultraorthodoxen Bevölkerungsteile insgesamt nach „außen“ ab-

grenzen. Das könnte auch erklären, warum bei der religiösen Orientierung säkulare, traditionelle und orthodoxe Juden mit 73, 72 und 71 Prozent auf dem annähernd gleichen Niveau liegen, während bei den Ultraorthodoxen nur 50 Prozent eine gute Meinung über die Kanzlerin haben.

Die Begeisterung für Angela Merkel hat auch eine klare europäische Dimension und Relevanz in Israel. In der Umfrage nach dem Brexit und der Trump-Wahl ist gefragt worden, welcher europäische Regierungschef am ehesten zu einer Verhandlungslösung im israelisch-palästinensischen Konflikt beitragen könnte. Das Besondere an dieser Frage ist, dass sie offen gestellt worden ist, also ohne konkrete Antwortvorgabe. Solche offenen

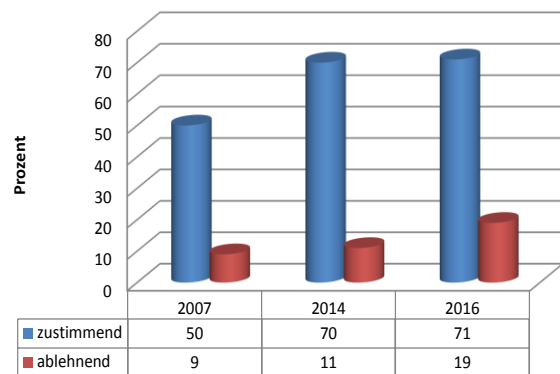


Abb. 3: *Wie stehen Sie der Deutschen Bundeskanzlerin Angel Merkel gegenüber?*

Fragen haben den Vorteil, dass die Meinung der Befragten nicht „geleitet“ wird und deshalb noch unverfälschter zum Ausdruck kommen kann. Bei dieser Frage haben 40 Prozent der Befragten Angela Merkel genannt. Mit geradezu dramatischem Abstand ist mit 7 Prozent der französische und mit 5 Prozent die britische Regierungschefin genannt worden. Bei der ersten Umfrage war das Verhältnis fast bis auf die Zahl genauso divergent.

### VIII. Ausblick und Auswertung

Die Entfremdung der israelischen Bevölkerung von der Europäischen Union bleibt in ihren Ausmaßen ohne jeden Zweifel gravierend. Die Europäische Union hat in den vergangenen zehn Jahren viel Ansehen in Israel verloren. Das gilt auch umgekehrt. Wie bei jeder Beziehung liegt die Verantwortung für diese Entwicklung auf beiden Seiten.

Dass die Abwärtsspirale vorläufig gestoppt ist, ist alles andere als ein Grund zur Entwarnung, denn die Ursachen der wechselseitigen Entfremdung werden in abseh-

<sup>16</sup> Vgl. ebd.



barer Zeit nicht geringer werden. Der Dissens über die politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes wird sich in dem Ausmaß vergrößern, in dem die Zwei-Staaten-Lösung, an der die EU zu Recht festhält, in weitere Ferne rücken wird – wie das bedauerlicherweise gegenwärtig der Fall ist. Ebenso wird die Veränderung der gesellschaftlichen Zusammensetzung Israels und die Zunahme religiöser Einstellungen die schon in diesen Umfragen gemessene Skepsis gegenüber Europa eher weiter verstärken. Ebenso scheint sich die gegenwärtig spürbare massive Schwäche des linken und zumeist europafreundlicheren politischen Spektrums in Israel gegenwärtig nicht abzuschwächen.

Die besondere Brisanz und Dramatik dieses gesamten Trends liegt darin, dass in dem gleichen Ausmaß, in dem sich die Beziehung zwischen Europa und Israel verschlechtert, sich die Notwendigkeit zu einem Ausbau der Kooperation und zu einer Vertiefung der Beziehungen erhöht. Das neuste Eurobarometer weist auf, dass das Thema der „Terrorismusbekämpfung“ auf der Skala der wichtigsten Themen für die EU-Politik immer weiter nach oben wandert und inzwischen in einzelnen Mitgliedsländern wie in Deutschland an die Spitze der Agenda gerückt ist.<sup>17</sup> Aber auch bei der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Kooperation bleiben die Synergien und damit auch die Potentiale der Zusammenarbeit immens. Gerade in Sachen Innovationskraft kann Europa von Israel und seinem „Start-up-Wunder“ massiv profitieren.

Diese Straße ist aber auch in die andere Richtung befahrbar. Die Tatsache, dass eine deutliche Mehrheit die wirtschaftliche Verflechtung Israels mit der Europäischen Union gutheißt wie auch die Tatsache, dass die wissenschaftliche Zusammenarbeit hervorragende Werte bei der Bewertung der Beziehungen erhält, gerade auch dann, wenn es um Innovation geht, bedeutet im Umkehrschluss auch, dass Europa zumindest in den Augen der Öffentlichkeit nicht so „von gestern“ ist, wie es die Nationalreligiösen insbesondere um Naftali Bennett herum, aber auch der israelische Premierminister selbst, Glauben machen wollen. Dies zeigt auch die „kommunikative Herausforderung“ für die EU: In Israel muss immer wieder verdeutlicht werden, dass die Arbeitsbereiche, in denen Konflikte vorherrschen, letztlich nur einen

kleinen Teil der ansonsten sehr gesunden Beziehungen ausmachen, frei nach dem Motto: 90 Prozent Übereinstimmung, zehn Prozent Divergenzen.

Das Erklärungsmuster für die Abschwächung des Abwärtstrends geht in die gleiche Richtung. Dass in den Umfragen ein Zusammenhang erkennbar ist mit der Wahl Donald Trumps, dessen Nahostpolitik nicht nur zum Zeitpunkt der letzten Umfrage, sondern auch jetzt, in ihren Konturen weder absehbar noch berechenbar ist und dass damit auch die Attraktivität des zwar schwieri-

„Der Schluss, dass zwei Drittel der Israelis glauben, es sei gefährlich für Juden in der EU zu leben, muss Europa massiv herausfordern.“

gen aber berechenbaren Partners Europa wieder deutlicher ins Blickfeld rückt, zeigt, dass Europa auch politisch für Israel noch nicht zum „alten Eisen“ gehören sollte. Die Hoffnungen, dass man mit Asien, insbesondere China, das in zunehmendem Maße auf Ölexporte aus der Region angewiesen ist, ein „leichteres Spiel“ habe, könnten sich im Übrigen angesichts der auch explizit politisch motivierten Interessenpolitik dieser Akteure in der Region schnell als sehr trügerisch erweisen.<sup>18</sup>

Aber die Europäische Union muss auch selbst dafür eintreten, deutlich zu machen, dass Europa und Israel traditionell Grundlegendes verbindet: Der Schluss aus dem Befund dieser Umfrage, dass zwei Drittel der Israelis glauben, es sei gefährlich für Juden innerhalb der EU zu leben, muss Europa massiv herausfordern. Es geht dabei langfristig nicht nur um ein Problem der „inneren Sicherheit“, sondern letztlich um nichts weniger als um die ethische und politische Glaubwürdigkeit des europäischen Integrationsprojektes. Der Eindruck einer Wertegemeinschaft – ins Innere der EU hinein – aber auch und gerade gegenüber Israel, hängt ganz entschieden davon ab, ob es der EU gelingt, antisemitische Tendenzen nachgiebig zu bekämpfen. So kann Europa Israel letztlich verdeutlichen, dass Europa mit seinen Wertpräferenzen Israel immer noch spürbar näher steht als jenen Ökonomien in Asien, in denen Israel neue Hoffnungen sieht.

---

<sup>17</sup> Siehe hierzu Daten des Eurobarometers „Die Europäer zwei Jahre vor der Europawahl 2019“, in: <http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/20170426PVL00115/Die-Europ%C3%A4er-zwei-Jahre-vor-der-Europawahl-2019>.

---

<sup>18</sup> Vgl dazu: Bernard Zand, „China und der Nahe Osten. Die wachstreibende Weltmacht“, DER SPIEGEL online, 12.10.2013, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/china-importiert-mehr-oel-aus-opec-als-usa-a-927499.html>.



Dabei wird auch und gerade Deutschland anhaltend, wie die Umfragen zeigen, als besondere Hoffnung gesehen – nicht nur bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Auch wenn die deutsch-israelischen Beziehungen trotz ihrer hohen Substanz gegenwärtig nicht ganz konfliktfrei sind, bleiben sie doch für die überragende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Israel eine Quelle der Hoffnung, wenn es um die Beziehungen mit Europa geht. Deutschland wird in der Rolle eines Mittlers gesehen, gar eines Anwaltes der israelischen Interessen in der europäischen Union. Besonders beachtlich ist aber, dass auch diese Umfrage erneut bestätigt hat, dass eine Mehrheit der Israelis der Deutschen Regierung eine aktive Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt zutraut.

Unsere Umfrage knüpft mit ihren Ergebnissen auch in Israel damit nahtlos an jene Umfragen weltweit an, die von Deutschland mehr außen- und sicherheitspolitische Aktivitäten erwarten.<sup>19</sup> Auch wenn dieser Vertrauensbeweis angesichts der immensen Komplexität der nahöstlichen Konfliktlagen wohl das ist, was die Griechen ein „Danaergeschenk“ genannt haben, so spricht abermals aus den Resultaten dieser Studie, dass trotz der historischen Belastung Deutschland in der Region zunehmend von einer breiten Öffentlichkeit in der Verantwortung gesehen wird.

Letztlich machen die Umfragen ebenso deutlich, dass sich auch die Europäische Union nicht auf die Rolle des Zuschauers beschränken darf, der auf der Tribüne sitzt und Ratschläge erteilt. Sie muss auf beiden Seiten glaubhaft machen, dass sie im Ernstfall bereit ist, sich an den Kosten und Lasten einer Friedensregelung zu beteiligen. Das würde im Falle eines Friedensschlusses nicht nur finanzielle Hilfen für einen dann entstehenden Palästinenserstaat umfassen, sondern letztlich auch Sicherheitsgarantien, die die Existenz Israels langfristig sichern helfen. Nur mit einem solchen durch Fakten unterlegten Bekenntnis zur Sicherheit und Existenz Israels wird sich auch die Haltung in Israel gegenüber der EU wieder deutlich zum Positiven ändern.

---

<sup>19</sup> Vgl. dazu: Stefani Weiss, „Germany's Security Policy: From Territorial Defense to Defending the Liberal World Order?“, Bertelsmann Foundation, October 2016, <http://www.bfna.org/publication/newpolitik/germanys-security-policy-from-territorial-defense-to-defending-the-liberal-world-order>.